

Rasanter Anstieg antimuslimischer Übergriffe in Berlin - 644 Fälle 2024!

Antimuslimische Übergriffe in Berlin steigen 2024 um 70%.
Frauen sind häufigste Opfer. Forderungen nach mehr
Schutz und Sichtbarkeit.



Berlin, Deutschland - Die Allianz gegen Muslim- und Islamfeindlichkeit, bekannt als Claim, hat alarmierende Zahlen zu antimuslimischen Vorfällen in Berlin veröffentlicht. Im Jahr 2024 wurden insgesamt 644 Fälle registriert, was einen drastischen Anstieg von nahezu 70 Prozent im Vergleich zu 2023 bedeutet, als noch 382 Vorfälle erfasst wurden. Dies zeigt, dass antimuslimischer Rassismus, der in verschiedenen Formen auftritt, eine wachsende Bedrohung darstellt. Besonders besorgniserregend ist die Tatsache, dass fast zwei Drittel der Betroffenen Frauen sind, häufig solche, die religiöse Kleidung tragen und oftmals mit Kindern unterwegs sind.

Die Art und Weise, in der antimuslimischer Rassismus in Berlin

zum Ausdruck kommt, ist vielfältig und reicht von Diskriminierungen und verbalen Übergriffen bis hin zu körperlichen Angriffen. Laut Claim sind 46 Prozent der Vorfälle diskriminierender Natur, während 40 Prozent verbale Übergriffe umfassen. Zusätzlich wurden fast 50 Körperverletzungen verzeichnet. Im Bildungsbereich, einer der am stärksten betroffenen Bereiche, ereigneten sich 35 Prozent der Vorfälle, bei denen sowohl Schüler als auch Lehrkräfte als Täter agierten. Übergriffe wurden auch im öffentlichen Raum (20 Prozent) und am Arbeitsplatz (11 Prozent) gemeldet.

Anstieg nach den Terroranschlägen

Der rasante Anstieg der Vorfälle seit Oktober 2023 lässt sich teilweise durch die Terroranschläge der Hamas auf Israel erklären, die weltweit zu einer Zunahme von antimuslimischen Äußerungen und Übergriffen geführt haben. Die Meldestelle Report Berlin, die die Vorfälle dokumentiert, hat festgestellt, dass insbesondere Frauen, die ein Kopftuch tragen oder anderweitig religiöse Kleidung tragen, überproportional betroffen sind. So berichtet Claim von Vorfällen, in denen Frauen mit Kopftuch beleidigt und als Terroristinnen bezeichnet wurden.

Die Co-Geschäftsführerin von Claim, Rima Hanano, fordert eine engmaschigere Erfassung solcher Vorfälle sowie mehr unabhängige Beratungsstellen für die Betroffenen. Sie kritisierte zudem die politische Ignoranz gegenüber diesem Problem und appellierte an den Berliner Senat, das bestehende Neutralitätsgesetz abzuschaffen, welches Frauen mit Kopftuch diskriminiere.

Politische Reaktionen und gesellschaftliche Verantwortung

Die Berliner Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) zeigte sich solidarisch mit den Betroffenen und betonte die Notwendigkeit,

antimuslimischen Rassismus sichtbarer zu machen und strukturelle Diskriminierungen anzugehen. Claim schlägt zudem vor, den 1. Juli als Gedenktag gegen antimuslimischen Rassismus zu etablieren, um an die Ermordung von Marwa El-Sherbini zu erinnern. Dieses Vorgehen soll nicht nur den Opfern gedenken, sondern auch das Bewusstsein für die Problematik schärfen und zu einem Umdenken der Gesellschaft beitragen.

Die Dokumentation antimuslimischer Vorfälle in Berlin wird auch durch die Berichterstattung anderer Menschenrechtsinstitutionen und NGOs flankiert. Diese warnen vor einem beunruhigenden Anstieg von Diskriminierungen, insbesondere im Zusammenhang mit wachsendem Populismus und Islamfeindlichkeit in den Medien und der Politik. Die EU hat in einem Aktionsplan von 2020 bis 2025 antimuslimischen Rassismus als spezifische Form des Rassismus anerkannt, der eng mit Religion verbunden ist, was die Dringlichkeit der Bekämpfung dieser Form der Diskriminierung unterstreicht.

Insgesamt zeigt die Situation in Berlin, dass antimuslimischer Rassismus nicht nur ein gesellschaftliches, sondern auch ein politisches Problem ist, das entschlossen angegangen werden muss. Es bleibt zu hoffen, dass die Initiativen von Claim und die Unterstützung durch die Politik zu einer spürbaren Verbesserung der Lage führen werden.

Für weitere Informationen über die aktuelle Situation können Sie [rbb24](#), [Tagesspiegel](#) und [Gleichbehandlungsanwaltschaft](#) besuchen.

Details	
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.rbb24.de • www.tagesspiegel.de • www.gleichbehandlungsanwaltschaft.gv.at

Besuchen Sie uns auf: mein-berlin.net